

Pulsnitzer Wochenblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz. Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

Er scheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3000.—; durch die Post monatlich M 3000.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gestaltete Preizettel (Moses's Zellenmesser 14) M. 200.—, im Bezirke der Untereinheit männiglich M. 150.—. Amtliche Zelle M. 600.—, und M. 450.—. Reklame M. 500.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwanzeifacher Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Verleger und -Stelle: Pulsnitz, Hohenstraße Nr. 865. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Kammer 45.

Sonnabend, den 14. April 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Mit Ermächtigung des Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — vom 15. März 1923 und unter Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums hat der Rat der Stadt Pulsnitz beschlossen, Bestimmungen über

- A. Zwangsvollstreckungs-gesetz und
- B. Umwandlung von vorher anders genutzten Räumen in Vergnügungstätten

zu erlassen.

Die Bestimmungen hängen in der Rathausflur zu jedermanns Einsichtnahme aus und werden dadurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Dieselben treten sofort in Kraft.

Pulsnitz, am 14. April 1923.

Der Rat der Stadt.

Diejenigen Personen, die Herrn Heinrich Badstübner von hier, Schießstraße 222, Schuhwerk zur Reparatur usw. übergeben haben, werden ersucht, dieses Montag, den 16. April 1923, vormittags 10—12 Uhr in der Wohnung des Badstübners in Empfang zu nehmen. Für spätere Meldung wird keine Verantwortung übernommen.

Pulsnitz, am 14. April 1923

Der Rat der Stadt.

Neufestsetzung der Reichsmiete.

Da seitens der hiesigen Mieterorganisation gegen die vom Rate für das 2. Vierteljahr 1923 festgesetzten Hundertsätze zur Grundmiete bei der Kreisbauernschaft Bauern Beschwerde erhoben worden ist, hat die letztgenannte Behörde in der am 13. April 1923 stattgefundenen Verhandlung entschieden, daß die Hundertsätze in der Stadt Pulsnitz für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1923 wie folgt festgesetzt werden:

Zinsendienst	100 %
Betriebskosten	8000 %
Laufende Instandsetzungsarbeiten	6000 %
Große Instandsetzungsarbeiten	1385 %
Verwaltungskosten	15 %

Zusammen also 15500 %

Starkheitlich der Betriebskosten wird bemerkt, daß vom 1. April 1923 ab das Abrechnungsverfahren gilt.

Auf die Bekanntmachung des Stadtrates vom 29. März 1923 Punkt 2 wird deshalb hingewiesen.

Die Vermieter werden hiermit auf die Anlegung von Hauskonten nochmals aufmerksam gemacht. Auskunft erteilt die Stadtkassierkassa.

Pulsnitz, am 14. April 1923.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Die Verschlechterung des sächsischen Arbeitsmarktes hielt in der letzten Woche an.

In der gestrigen Aussprache über die Programmrede des neuen sächsischen Ministerpräsidenten im Landtag nahmen die Vertreter aller drei bürgerlichen Parteien scharf Stellung gegen die Regierungserklärung.

Der Reichseisenbahnrat hat eine allgemeine Herabsetzung der Gülttarife zur Zeit für unmöglich erklärt.

Deutschland braucht für das laufende Wirtschaftsjahr kein Auslandsgetreide mehr einzuführen.

Der Reichstag stimmte dem Untage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf Wegfall der Getreidemenge fürs neue Wirtschaftsjahr gegen 148 Stimmen zu.

Für die Zeit vom 18. bis einschließlich 24. April 1923 beträgt das Goldpolloaufgeld 490 000 Das letzte Goldpolloaufgeld betrug 487 000.

Der Reichspräsident und der Reichsverkehrsminister haben in einem Aufruf den Dank des Volkes an die Eisenbahner im besetzten Gebiet ausgesprochen.

Wegen die Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“, Weger und des „Völkischen Beobachters“, Eckart, die sich dem Staatsgerichtshof nicht stellten, wurden Haftbefehle erlassen.

Der Hochverräter Dornen verhandelt in Paris mit französischen Politikern; sein nächstes Ziel ist sicher die Herbeiführung eines Putsches im Rheinland.

Auf der am Donnerstag eröffneten Mailänder Messe ist Deutschland hervorragend vertreten.

Die italienischen Mitglieder der der Rühringenteurkommission haben aus bisher noch unbekanntem Grund um ihre Abberufung nachgesucht.

Die Stadt Buer lehnt die Zahlung der von Frankreich ihr auferlegten 50 Millionen Mark Buße ab.

500 000 englische Bauarbeiter wurden heute wegen Lohnstreitigkeiten ausgesperrt.

Louchers Reise-Erlebnisse.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Es ist wirklich wieder so weit: wir stehen inmitten des schönsten Verhandlungsgerades. Noch hatten sich nicht die Gräber über den Opfern des Effener Mordes geschlossen, aber nicht wahr, wir treiben Vernunftpolitik. Am simplen Gefühle willen, wägen sie auch noch so berechtigt sein, setzt man nicht das Schicksal der Nation auf das Spiel. So reden heute schon wieder die, die seit sechs Jahren es noch stets verstanden haben, dem deutschen Volke den Selbstmord als die einzig vernünftige Lebensbetätigung beizubringen.

Und warum das alles! Der große Louchere war in London. Und in Deutschland gibt es Leute, die großartige Beziehungen nach England hin haben. Die wissen ganz genau, daß Bonar Law heute ein toter Mann ist. Zwar hat Poincaré jetzt wieder erneuert erklärt, er denke garnicht daran, seinerseits dem deutschen Volke irgend etwas von seinen Schulden nachzulassen, er werde auch das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Abgeltung der Schulden räumen. Zwar rauben und mordet die französischen Banden im Ruhrgebiet ruhig weiter, aber wir müssen vernünftig sein. Vornehmlich um die Sicherungsfrage handelt es sich. Und wenn die Internationalisierung der Rheinlande

so eingerichtet wird, daß Deutschland sein berechtigtes Mißtrauen hintanstellen kann, dann wird es wohl auch darüber mit sich reden lassen. So wenigstens läßt es der Artikel der „Gazette de Vost“ aus der Feder der Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses vermuten.

Ist das Rheinland noch nicht neutralisiert genug? Haben wir nicht im Friedensvertrag die Verpflichtung übernommen, keine Garnison bis 50 Kilometer östlich des Rheines zu unterhalten? Kann man billigerweise eine stärkere Garantie zum Schutz des armen bedrohten Frankreich erdenken als diese? Was soll darüber hinaus die Internationalisierung. Sie würde weiter nichts bedeuten, als daß das Rhein- und Ruhrgebiet zur selben Unfreiheit, zur selben Hörigkeit herabgedrückt würde wie das Saargebiet. Die Saararbeiter können ihren Brüdern im Ruhrgebiet Wunderdinge erzählen von den sozialen und politischen Freiheiten, die sie unter der Krante des Völkerbundes genießen. Und wie war es denn in Oberschlesien? Dort hat die internationalisierte Kommission im Jahre 1920 ein blühendes Land übernommen, in dem Arbeitsfrieden und Eintracht herrschte. Ihre Wirksamkeit während der Abstimmung hat die Volksheldenschaft ausgewählt und einen blutigen Aufstand hervorgerufen, bei dessen Niederschlagen viel junges deutsches Blut geflossen ist. Auch damals ließen die klugen Leute im Bunde umher und erzählten auf Grund ihrer guten englischen Beziehungen, daß Lloyd George mit seinem „fair play“ uns Oberschlesien garantieren würde, wenn wir nur den Selbstschutz zurückzögen. Wir taten es, und heute ist Oberschlesien in seinen reichsten Teilen polnisch.

Soll es jetzt wieder so gehen? Soll die an sich schwächere und stumpfere Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand gelegt werden, um internationale Garantien und die angebliche Verwirklichung eines nur und allein politischen Problems dagegen eingetauscht werden? Es ist nur zu bekannt, daß die Spekulation auf die bedingungslose Feigheit in den letzten sechs Jahren in Deutschland immer einen traurigen Wiederhall gefunden hat. Die Friedensresolution von 1917, der Zusammenbruch von 1918, der Friedensvertrag, der Verlust Oberschlesiens sind die Marksteine auf dem Selbstmordwege des deutschen Volkes. Professor Martin Spahn hat im „Tag“ vom letzten Sonntag schon darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung der alten Reichstagsmehrheit unter Erzbergers Führung heute die große Koalition unter Stresemanns Führung ist, und hat die Frage aufgeworfen, ob der Reichskanzler der Mann ist, die wirkliche Führung des deutschen Volkes und seiner schöpferischen Kräfte gegenüber den Parlamentsmehrheiten in die Hand zu nehmen.

In dieser Frage ballt sich augenblicklich das nächste Schicksal des deutschen Volkes zusammen. Ueberall sind die Anzeichen vorhanden, daß die anderen Kräfte gegen den Kanzler und seine guten Absichten

an Boden gewinnen. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß Severning ihm gegenüber in der letzten Zeit ansehnliche Erfolge errungen hat. Als ein Sturmzeichen wirkt die unerhörte Kampfanfrage der neuen sächsischen Regierung gegen das Reich. Es mag sein, daß es der Geselligkeit derer, die allen ernstes Entscheidungen auszuweichen wünschen, gelingt, die Gegensätze noch eine Weile zu verschleiern, trotzdem dürfen gerade wir uns nicht verhehlen, daß wir möglicherweise den entscheidungsschwierigen Stunden entgegengehen, die darüber bestimmen werden, ob das Ende unserer politischen und auch unserer wirtschaftlichen Selbstständigkeit herannahet.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Wichtige Beschlüsse der Kirchengemeinde-Vertretung.) In der öffentlichen Sitzung der Kirchengemeinde-Vertretung am Mittwoch, den 11. April — eine bereits für den 12. März anberaumte Sitzung war infolge Verhinderung mehrerer Mitglieder durch Krankheit und anderweitige Besetzung leider nicht beschlußfähig — wurden u. a. folgende zwei wichtige Beschlüsse gefaßt, zu denen die Gemeinde-Versammlung des 4. März die Anregung gegeben hat. Um der finanziellen Notlage, von der unsere Gemeinde wie alle andern auch betroffen worden ist, wirksam und dauernd abzuhelfen, ist beschlossen worden, an jedes Gemeindeglied des ganzen Kirchspiels mit einem Aufruf „Klopfer“ heranzutreten; der Aufruf ist verbunden mit einem Verpflichtungsschein für eine bis auf Widerruf monatlich zu zahlende Gabe. Die entsprechenden Drucksachen sind in Vorbereitung und werden in aller nächster Zeit durch örtliche Helferorganisationen zur Verteilung bezogen. Es ist bekannt, wie schwer die Kirche zu kämpfen hat. Wer ihre Bedeutung kennt, wer seine Kirche lieb hat, der tue seine Pflicht; jetzt gilt's! Der andere Beschluß beschäftigt sich mit der Entsendung der Ehrenkränze aus der Kirche. Nach Fertigstellung und Weihe der einzelnen örtlichen Denkmale ist der hierfür gegebene Zeitpunkt gekommen. Da mit der Abnahme der Kränze eine gründliche Kirchreinigung erfolgen soll unter Heranziehung freiwilliger Arbeitskräfte, besonders vom Lande, sind dazu die Tage vom 1. bis 8. Juli bestimmt worden. Vorher darf kein Kranz abgenommen werden, um das jetzt einheitliche Bild nicht zu stören, während der gezeigten Zeit müssen Kränze und Schleifen abgeholt werden. Ueber weitere wichtige Beschlüsse der angezogenen Sitzung, die auch Auswirkungen des Kirchengemeinde-Sonntages sind, wird noch ausführlicher Bericht gegeben werden.

(Neues Schlachtviehversicherungsgesetz.) Die große Steigerung der Schlachtofehpreise hat eine Umarbeitung des Schlachtviehversicherungsgesetzes nötig gemacht. Vor allem mußte die Ent-